

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133840, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

**Dienstag, 29. November 1988**

**Blatt 2394**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Kommunal/Lokal:**

- Fahrbahneinengung auf der Westausfahrt (2395)
- Neue Einbahn in Floridsdorf (2395)
- Pasterk: Keine Verdoppelung der Förderung für „Kreis“ (2398)
- Wiener Gemeinderat (2399-2408)
- Immer mehr Gastarbeiterkinder an Wiener Pflichtschulen (2409)

**Bezirke:**

- Sitzungen der Bezirksvertretungen (2397)

**Sport:**

- Fußballklub Rapid geehrt (2396)

### **Fahrbahneinengung auf der Westausfahrt**

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Westausfahrt muß am Mittwoch, dem 30. November, und am Donnerstag, dem 1. Dezember jeweils in der Zeit zwischen 7 und 15 Uhr in einem zirka 100 Meter langen Bereich nach der Hütteldorfer Brücke aus Sicherheitsgründen auf der rechten Fahrspur verkehrsfrei bleiben, da Reparaturarbeiten an einem Abspannmast der ÖBB vorgenommen werden. (Schluß) pz/bs

### **Neue Einbahn in Floridsdorf**

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Einbahn wird ab Donnerstag, den 1. Dezember, 8 Uhr früh, im 21. Bezirk eingerichtet: Die Schuchardtstraße, bisher in beide Fahrrichtungen befahrbar, wird von der Brünner Straße bis zur Weilandgasse Einbahn. Durch diese Maßnahme können in der Schuchardtstraße zusätzliche Parkplätze geschaffen werden. (Schluß) roh/gg

### **Fußballklub Rapid geehrt**

Wien, 29.11. (RK-SPORT) Im Rittersaal des Wiener Rathauses ehrte Montag abend Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL die Spieler des Fußballklubs Rapid, die in der abgelaufenen Saison den Meistertitel in der Bundesliga errungen haben. Häupl betonte, daß ihm der Zuschauerschwund bei Meisterschaftsspielen der Wiener Spitzenklubs große Sorgen bereite und, daß man seitens der Stadt Wien diesbezügliche Untersuchungen und Umfragen eingeleitet habe. Im Namen der Hütteldorfer dankte Geschäftsführer Heinz HOLZBACH, im Namen des Wiener Fußball-Verbandes Präsident Othmar LUCZENSKY für die Einladung der Stadt. Als Erinnerungsgeschenk an den Klub erhielt Kapitän WEBER von Sportstadtrat Häupl einen Pokal überreicht. Unter den zahlreichen Ehrengästen befand sich auch Stadträtin Christine SCHIRMER. (Schluß) hof/bs

## **Sitzungen der Bezirksvertretungen**

Wien, 29.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in der nächsten Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Brigittenau: Mi., 30.11., 18 Uhr, Haus der Begegnung, 20, Raffaalg. 11-13;

Landstraße: Do., 1.12., 16 Uhr, BV 3, Karl-Borromäus-Platz 3;

Ottakring: Do., 1.12., 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19;

Simmering: Mi., 7.12., 14 Uhr, BV 11, Enkplatz 2;

Hernals: Mi., 7.12., 16 Uhr, BV 17, Elterleinplatz 14;

Margareten: Di., 13.12., 17 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;

Josefstadt: Mi., 14.12., 17 Uhr, BV 8, Schlesingerplatz 4;

Mariahilf: Mi., 14.12., 17 Uhr, BV 6, Amerlingstraße 11;

Währing: Do., 15.12., 17.30 Uhr, BV 18, Martinstraße 100;

Döbling: Do., 15.12., 15 Uhr, BV 19, Gatterburggasse 14.

(Schluß) end/gg

## **Pasterk: Keine Verdoppelung der Förderung für „Kreis“**

**Meldung im „Standard“ unrichtig**

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Als unrichtig bezeichnete Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eine Meldung im Standard am Montag, dem 28. November, wonach sie dem Theater der „Kreis“ eine Verdoppelung der Förderung in Aussicht gestellt habe.

Wie Pasterk betonte, wurde sie nicht durch die Meldung im Standard „bereits am selben Tag“ veranlaßt, George Tabori ein finanzielles Angebot zu machen. Wahr ist vielmehr, daß bereits seit langem Gespräche mit Tabori über die Finanzierung des Theaters stattfinden. Das Theater wurde jedoch weder aufgefordert, einen neuen Antrag zu stellen, noch wurde eine doppelte finanzielle Förderung und deren positive Erledigung bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt. Das wäre den anderen Wiener Theatern gegenüber nicht vertretbar und angesichts der budgetären Lage auch gar nicht möglich.

Sie habe sich jedoch immer dafür eingesetzt, das Theater entsprechend der künstlerischen Bedeutung des Hauses und seines Leiters George Tabori zu fördern. Die im Budget 1989 vorgesehene Summe entspreche dieser Wertschätzung. Im übrigen sei sie selbst und die zuständigen Beamten der MA 7 — Kultur laufend mit Tabori im Gespräch. Sie hoffe, daß sich George Tabori an die ihr gegebene Zusage halte, seinen Vertrag in Wien zu erfüllen. (Schluß) gab/rr

## Wiener Gemeinderat

### Stadtentwicklung und Stadtplanung

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Am Dienstag wurde die Gemeinderats-sitzung unter dem Vorsitz von GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) mit der Behandlung des Budgetkapitels Stadtentwicklung und Stadtplanung fortgesetzt.

GR. PRINZ (FPÖ) bezeichnete es als delikant, daß bei der Sanierung des Karl-Marx-Hofes der Bauleitungsauftrag an eine Firma vergeben wurde, deren Mehrheitseigentümer Gewerkschaft und Bauinnung sind. Daraus resultiere zwangsläufig ein Interessenskonflikt.

Angesichts der Bereitschaft der Österreichischen Bundesbahnen, das Areal des Nordbahnhofes rasch zu verkaufen, sollten die Konsequenzen aus der Entscheidung zugunsten des Donauparks als Weltausstellungsgelände überdacht werden. Es geht auch um die Nachnutzung, zumal die Wiener Messe kein großes Interesse an den Weltausstellungsbauten haben dürfte. Man solle auch die Gunst der Stunde nutzen, sagte Prinz, um über die Zukunft der zahlreichen Wiener Verschiebebahnhöfe zu sprechen.

Was die diskutierten neuen Einkaufszentren betrifft, verlangte Prinz stattdessen die Aufwertung von lokalen Zentren. Es sollten alle Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, mit denen der Verödung ganzer Bezirksteile entgegengetreten werden kann.

Prinz forderte die Schaffung von zusätzlichem Parkraum, wobei der Privatinitiative mehr Möglichkeiten einzuräumen wären.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) schnitt drei Themenbereiche an. Zum Thema Einkaufszentren sagte er, eine unkontrollierte Entwicklung der Zentrenidee wäre negativ für das Stadtgefüge. Es stelle sich daher die Frage der Förderung oder des Einbremsens der Errichtung von Einkaufszentren. Stadtwirtschaftlich gesehen käme es durch den verstärkten Bau von Einkaufszentren zu einem Rückgang der Kaufkraft in den gewachsenen Geschäftsstraßen. Außerdem sei die Errichtung der Zentren teuer, weil erst zusätzliche Straßen gebaut und U-Bahn-Linien verlängert werden müßten. Seiner Meinung nach sollten noch gründliche Untersuchungen zu diesem Thema durchgeführt werden.

Als zweiten Themenbereich sprach Dr. Mayr über den Umbau des Europaplatzes. Die ÖVP sei für eine Untertunnelung des Europaplatzes, aber nicht in extremem Ausmaß. Die Varianten ohne Untertunnelung seien nicht befriedigend, weil es vor allem für die Fußgänger problematisch wäre, gefahrlos den ganzen Gürtel zu überqueren.

Als letzten Punkt sprach Dr. Mayr über die Studienvergabe der MA 21 und MA 18. Es sei nicht akzeptabel, daß beispielsweise der Abteilungsleiter der MA 18 Studien bis zu einer Höhe von einer Million Schilling vergeben könne, ohne daß der Gemeinderat davon etwas erfährt. Als Beispiel führte Dr. Mayr eine Dokumentation über den Spittelberg an, die 1985 vergeben worden war, und von der bis heute noch kein Ergebnis vorläge. Im Jahr 1988 sei nur ein einziger Planungsauftrag durch den Ausschuß gegangen. Allerdings wurden von der MA 18 und der MA 21 in diesem Jahr Aufträge für 31 Millionen Schilling vergeben. Abschließend brachte Dr. Mayr einen RESOLUTIONSANTRAG ein, daß in Zukunft quartalsmäßig Berichte über Auftragsvergaben vorgelegt werden sollten.

Wien solle auch Musterstadt sein, wenn es um Mitbestimmung geht, sagte GR. GAAL (SPÖ). Es gelte, die Empfehlungen der Gürtelkommission mit den politischen Gremien und den Bezirken ausführlich zu diskutieren. Bezüglich der Zukunft des Europaplatzes und der Mariahilfer Straße müsse in Kürze eine definitive Entscheidung getroffen werden. Eine Tunnellösung, wie sie gelegentlich für den Europaplatz gefordert werde, sei allerdings aus

Forts. von Blatt 2399

finanzieller Sicht derzeit nicht durchführbar. Ein Problem, daß auch künftig vorrangig bekämpft werden müsse, sei die Lärmbelastigung der Bevölkerung. Wien habe zwar als einziges Bundesland ein LKW-Nachtfahrverbot erlassen, und die Aktion „Tempo 30“ hätte Erfolge gezeigt, dennoch müßten weitere Maßnahmen — wie etwa die rigorose Einhaltung von 50 Stundenkilometern im Bereich des Gürtels — gesetzt werden. Zum Projekt eines Zentralbahnhofes sagte Gaal, die Fertigstellung vor einer Weltausstellung 1995 in Wien wäre wünschenswert, werde aber nur mit größter Anstrengung möglich sein. Für alle kommunalen Themen gelte es, das Informationsdefizit weiter abzubauen und die interessierte Bevölkerung verstärkt in das Geschehen einzubinden.

GR. Dr. SALCHER (ÖVP) sprach von fünf Phasen, die für die Wiener Planungspolitik charakteristisch seien. In der ersten Phase werde die große Idee präsentiert, in der zweiten erfolge der „Super-Wettbewerb“, in der dritten Phase folge der „große Jubel“, in der vierten entferne sich die Jury „leise“ und in der fünften stelle sich heraus, daß weder Geld noch Innovation, noch die Bereitschaft zu unkonventionellen Lösungen vorhanden sei. Dies könne am Beispiel der Mariahilfer Straße praktisch bewiesen werden. Der Bau der U 3 sei eine große Chance, jedoch werden offenkundig die notwendigen begleitenden Infrastrukturmaßnahmen nicht gesetzt. Internationale Architekten haben zwar beeindruckende Vorschläge gemacht, doch werde derzeit die Debatte darüber geführt, ob eine oder zwei Baumreihen gepflanzt werden sollen. Salcher plädierte für ein „Gesamteinkaufserlebnis Mariahilfer Straße“, das mit den Großkaufhäusern konkurrieren könne. Ein ähnliches Beispiel für sozialistische Planungspolitik sei der Gürtel, wo weder die Fragen nach dem Ort oder der Zeit der Maßnahmen beantwortet werden. Zur Weltausstellung meinte Salcher, daß das Mittun der Bevölkerung besonders wichtig sei, damit diese Ausstellung nicht wie bisher eher als Bedrohung empfunden werde. Dr. Salcher brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein, mit dem eine Verstärkung der Austauschaktionen für Kinder und Jugendliche mit Ungarn gefordert wird. Salcher forderte, daß die Stadt Wien die Prioritäten der Planung offen legen solle, damit jeder Bürger mitreden könne.

GR. HAAS (SPÖ) sprach über die Gestaltung des Donaubereiches, die angesichts der geplanten Weltausstellung eine neue Bedeutung erlange. Die Wiener Bevölkerung hat sich sehr aktiv an der Planung beteiligt, sagte Haas. Die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals werde auch die Bedeutung des Alburner Hafens heben, jedoch müsse das „Blaue Wasser“ unangetastet bleiben. Für die Errichtung des Kraftwerks Freudenau haben sich eine Expertenjury einstimmig positiv ausgesprochen. An Plänen für die Neugestaltung des Donaukanalbereiches arbeiten drei Teams und sie werden ihren Bericht im Frühjahr vorlegen. Für den Nordbahnhof gebe es attraktive Planungsziele. Ihre Verwirklichung basiere auf der Bereitschaft der Österreichischen Bundesbahnen und der Bestandnehmer, das Gelände zu räumen. Bei den Planungen für die Neugestaltung der Mariahilfer Straße nach Fertigstellung der U-Bahn-Bauarbeiten rechnet GR. Haas mit einem Kompromiß, mit dem niemand so recht zufrieden sein werde. Er hätte nicht geglaubt, daß die Detailplanungen so schwierig sein würden, erklärte Haas.

Es habe bezüglich des Nordbahnhofgeländes vor wenigen Tagen Gespräche mit dem Bund gegeben, die in positivem Klima und mit dem Ergebnis einer grundsätzlichen Verkaufsbereitschaft des Bundes verlaufen seien, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ).

Der Ankauf des Nordbahnhofgeländes sei aber ohne Zweifel auch eine Frage des Preises. Geklärt werden müsse auch, ob ein Gesamtankauf oder der sukzessive Ankauf von Teilen des 40 Hektar umfassenden Areals sinnvoll sei.

Forts. auf Blatt 2401

Man müsse, unterstrich Swoboda, in der Diskussion um die Einkaufszentren auch von der Widmungsproblematik, die in der Landeskompetenz liege, ausgehen und mit Niederösterreich verbindliche Gespräche etwa über den Verzicht auf Großraumwidmungen führen. Die Planung solle nach Bedarf erfolgen, Investitionsentscheidungen dürften nicht als zweitrangig angesehen werden, und infrastrukturelle, verkehrs- und umwelttechnische Komponenten dürften nicht vernachlässigt werden. Zur Planung für den Europaplatz meinte der Planungsstadtrat, man müsse die Veränderung der Umsteigerelationen durch die U 3 und die U 6 berücksichtigen und könne nicht von den derzeitigen Passantenfrequenzen ausgehen. Auch in der Planung müsse eine Weiterentwicklung stattfinden.

Es gebe für viele Menschen, sagte GR. Dr. MAYR in einer zweiten Wortmeldung, eine psychologische Barriere, sich Unterführungen zu bedienen, dabei spielen Orientierungsvermögen, aber auch Ressentiments eine Rolle. Ein weiteres Problem am Europaplatz stellten die zwei Umkehrschleifen der Straßenbahn dar, deren Benützung Verkehrsstaus verursachen könnten.

Man müsse sich, sagte StR. Dr. Swoboda abschließend, gerade im Bereich Europaplatz Planungsalternativen zum Beispiel im Hinblick auf den Westbahnhofsbereich offen lassen und dürfe sich durch die Längsuntertunnelung wichtige städtebauliche Optionen nicht vor der Zeit verbauen.

#### Personal

Mag. KABAS (FPÖ) bedauerte, daß eine Dienstpostenvermehrung nicht verhindert werden konnte. Dies sei kontraproduktiv zu einer Verwaltungsreform. Auch eine Kritik an den Beamten, wie sie von Bürgermeister Dr. Zilk geübt worden sei, sei für das Klima nicht gerade dienlich. Die Gehaltserhöhungen für Beamte bewertete Kabas positiv. Die Abkommen seien maßvoll geschlossen worden.

Eine Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst sehe er als Gefahr für das Budget, führte Kabas weiter aus. Die Einführung der 35-Stunden-Woche würde sich auf die Wirtschaft nachteilig auswirken und würde auch nicht für weitere Arbeitsplätze sorgen. Außerdem seien die tatsächlichen Kosten für die Einführung der 35-Stunden-Woche bisher noch unbekannt. Es gebe nur unterschiedliche Zahlenangaben.

Kabas sprach sich für eine grundlegende Verfassungs- und Verwaltungsreform aus, die zum Beispiel eine Belebung der Fragestunden, die Einführung eines Untersuchungsausschusses sowie die Neuregelung von Beförderungen bewirken könnte.

Abschließend plädierte Kabas für ein echtes Verhältniswahlrecht in Wien und sprach in diesem Zusammenhang von einem gegenwärtigen demokratiepolitischen Defizit.

GR. Mag. KARL (ÖVP) sagte, die ÖVP habe schon zu Beginn dieser Legislaturperiode gefordert, daß freie und freiwerdende Planstellen bekannt zu machen seien. Dies sei vom damaligen Stadtrat abgelehnt worden, und er stelle an den neuen Stadtrat Swoboda die Frage, ob sich an dieser Haltung etwas geändert habe. Karl forderte, daß manche Gesetze in eine verständlichere Sprache gebracht werden. Gesetze, die älter als 20 Jahre sind, sollten einem Ausschuß vorgelegt werden, und die gesamte Wiener Rechtsvorschriftensammlung sollte kritisch durchforstet werden. Wenn es gelingen sollte, aus den acht Bänden der Wiener Rechtsvorschriftensammlung sieben zu machen, wäre das ein sehr bürgerfreundliches Service.

Es sei erfreulich, daß dramatische Entwicklungen am Arbeitsmarkt bei uns weit weniger schlimm als anderswo ausgefallen seien und, die Jugendarbeitslosigkeit in Wien deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liege, sagte GR. HIES (SPÖ). Es stelle sich für die Zukunft die Frage, welchen Beitrag die Stadt Wien leisten könne, um als Arbeitgeber eine aktive Arbeits-

---

Forts. von Blatt 2400

Forts. auf Blatt 2402

Forts. von Blatt 2401

marktpolitik zu betreiben. Für den öffentlichen Dienst ergebe sich die Problematik, daß einerseits qualifizierte Mitarbeiter benötigt werden, andererseits auf jene nicht vergessen werden dürfe, deren Chancen geringer sind, einen gesicherten Arbeitsplatz zu finden. Er denke dabei an Langzeitarbeitslose oder Behinderte. Es sei erfreulich, daß in den vergangenen Jahren eine Aufstockung des Dienstpostenplanes für Behinderte im Bereich der Stadt Wien erfolgt sei: 1983 gab es 150 solcher Dienstposten, bis 1986 waren es 230 und heute gebe es 296 Dienstposten für Behinderte. Trotz dieser positiven Entwicklung dürfe man sich allerdings mit dem Erreichten nicht zufrieden geben.

GR. Dkfm. KÖNIG (ÖVP) sprach von einer Verunsicherung der Menschen, welche sich aus der umfassenden Speicherung persönlicher Daten ergebe. Die Gemeinde Wien betriebe die umfangreichste Datenbank Österreichs, allerdings auf Basis veralteter Gesetze. Eine Untersuchung habe gezeigt, daß etwa einfachste Auskünfte nur sehr schwierig zu erhalten seien. Angesichts vieler bürokratischer Hindernisse stelle sich die Frage, wo die Bürgernähe bleibe. Andererseits werden etwa in der Wählerevidenz Daten gespeichert, die den Verdacht einer gesetzeswidrigen Speicherung aufkommen lassen. Andere Beispiele zeigten, daß der Einsatz der Datenspeicherung gut überlegt werden müßte und nicht zu Behinderungen der Arbeit, wie etwa im Krankenhausbereich, führen dürfe.

GR. Gertrude OSTRY (SPÖ) wies darauf hin, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zwar finanzielle Probleme bringen werde, daß aber die Gemeindebediensteten, die in den letzten Jahren ohnedies schon einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung geleistet hätten, von dieser Errungenschaft nicht ausgeschlossen werden könnten.

Die Verwaltung des AKH durch die MA 16 bezeichnete Ostry als positive Lösung für eine Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die MA 16 werde über weitgehende Kompetenzen in bezug auf Personal, Technik und Beschaffung verfügen. Die Übersiedlung des AKH in das neue Gebäude stelle eine große Herausforderung für alle Bediensteten dar.

Zur Situation der Kindertagesheime sagte Ostry, daß dort gute Arbeit geleistet werde, wenn es auch aufgrund der Personalknappheit gewisse Probleme gebe. Die in Aussicht genommene Reduzierung der Kinderanzahl pro Gruppe von 30 auf 25 stelle eine große Errungenschaft dar.

Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) erläuterte, daß ein großer Teil der Personalaufstockungen, die für das kommende Jahr vorgesehen sind, bei allen Fraktionen unbestritten sind. Der prozentuelle Personalaufwand geht zurück, und durch verzögerte Aufnahmen bei Personalabgängen konnte seit 1981 über eine Milliarde Schilling eingespart werden. Swoboda rechnet damit, daß eines Tage auch in den öffentlichen Verwaltungen eine Arbeitszeitverkürzung eintreten wird. Aber gerade für die öffentliche Hand sei sie besonders kostspielig, weil es kaum Rationalisierungsmöglichkeiten gebe. Wenn es nicht gelinge, den Ländern und Gemeinden finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sei eine Arbeitszeitverkürzung unfinanzierbar. Stadtrat Swoboda relativierte die Forderung nach einer Objektivierung bei der Postenvergabe. Bei der Stadt Wien treten jährlich 4.000 neue Mitarbeiter ein, deren gesamte kommissionelle Beurteilung kaum möglich ist. In vielen Bereichen gebe es bereits Ausschreibungen oder Kommissionen, die Aufnahmen prüfen. Er habe die Sorge, sagte Swoboda, daß die Kommissionen an der Bestellung nichts ändern, aber einen größeren Verwaltungsaufwand bringen würden. Stadtrat Swoboda möchte, daß sich ein Unterausschuß damit befaßt, wie weit die Objektivierung beim Bund auf Wiener Verhältnisse übertragen werden kann. Man müsse aber auch bedenken, sagte Swoboda, daß für Spitzenpositionen nur wenige Bewerbungen einlangen, aus denen ausgewählt werden kann.

Swoboda bekannte sich zum Datenschutz; man müsse danach trachten, daß der Datenschutz lückenlos und genau eingehalten wird, denn er ge-

Forts. auf Blatt 2403

höre zu den persönlichen Rechten des Menschen. Bei der Stadt Wien gebe es keine Datenverknüpfung, und daher könne auch die generelle Frage, welche Daten über einen Menschen gesammelt sind, nicht beantwortet werden. Die Automationsunterstützung sei eine wichtige Voraussetzung für die Verwaltung, dürfe aber nicht dem Bürger schaden. Es müsse alles unternommen werden, um für diesen Zweck die Datenerfassung auszubauen und die erfaßten Daten zu schützen, schloß Swoboda.

Forts. von Blatt 2402

### **Gesundheits- und Spitalswesen**

Mehr Unterstützung und die Einbeziehung niedergelassener Ärzte in das nur in kleinem Rahmen laufende Methadonprogramm in Wien forderte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). So könnten zum Beispiel arbeitslose Jungärzte mit der Betreuung und Aufklärung von Drogenkranken betraut werden. In Zürich, führte Landauer an, habe man es geschafft, ein Arbeits- und Entzugsprogramm einzurichten, das die Integration Abhängiger nach einem durchschnittlichen Zeitraum von drei Jahren erlaube.

Landauer urgierte den Ankauf eines Computertomographen für das Krankenhaus Floridsdorf und mehr Praxis für theoretisch fertig ausgebildete Notfallmediziner auf Intensivstationen. Weitere Ausbildungsplätze könnte auch die Einrichtung einer HNO und einer Augenklinik im Wilhelminenspital bringen. Das Hanuschkrankenhaus müsse im Sinne einer gerechten Verteilung der raren Ausbildungsplätze die Turnuswarteliste wie alle anderen Krankenhäuser akzeptieren.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) erklärte, die 1979 beschlossenen Ziele der Psychiatriereform seien im großen und ganzen verwirklicht worden. Allerdings müßte die Reform noch weitergeführt, und Schwachstellen müßten beseitigt werden. Es bestehe zu wenig Nachsorge für die Kranken, und somit bestehe die Gefahr, daß schwierige Patienten nach einem Krankenhausaufenthalt nicht mehr versorgt würden. Weiters seien noch mehr Ärzte und Psychologen notwendig. Das Ziel der Reform müßte heute der Einbau der Psychotherapie in weitere Behandlungen sein.

Im Psychiatrischen Krankenhaus müssen manchmal teilstationäre Patienten über Nacht behalten werden. Das bedeutet einen finanziellen Verlust für das Krankenhaus, aber auch zusätzliche Belastungen für das Personal.

In diesem Zusammenhang brachte GR. Dkfm. Schilling einen RESOLUTIONSANTRAG ein, daß das Kontrollamt der Stadt Wien die Dokumentation und Gebührenverrechnung der einzelnen Primariate in bezug auf die stationären Aufnahmen und teilstationären Patienten überprüfen möge, um festzustellen, ob durch mangelhafte Abrechnung und unterlassene Anmeldung tatsächlich aufgelaufenen Kosten nicht geltend gemacht wurden.

Im kommenden Jahr stehe weniger Geld für die Pflegeheime zur Verfügung, wobei aber die Personalkosten weiter steigen werden. Außerdem sei der Bedarf an Pflegebetten drückend groß. Weiters kritisierte Schilling, daß an den Spitälern ausreichende Rehabilitationsmöglichkeiten fehlen. Sie forderte deshalb mehr Abteilungen für Langzeitrehabilitation.

Global gesehen fehlt nach Meinung Schillings ein realisierbares System der Krankenpflege — bestehend aus öffentlichen und privaten Einrichtungen. Als positives Beispiel hob Schilling die Privatinitiative „Sozialmedizinisches Zentrum Unter-Penzing“ hervor, das sowohl Hauskrankenpflege als auch Hilfe in Krisensituationen anbietet.

Am Betreuungssektor seien erfolgreiche Versuche durchgeführt worden, an denen praktische Ärzte, Mobile Krankenschwestern, Heimhelferinnen und Spitalsärzte teilgenommen haben, sagte GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ). Als weiteren Schritt in diese Richtung regte sie an, daß der Spitalsarzt oder die Krankenschwester den praktischen Arzt verständigen sollten, sobald der Patient das Spital verläßt. Der praktische Arzt könnte dann den Patienten

Forts. auf Blatt 2404

besuchen, die Mobile Krankenschwester, die Heimhilfe und „Essen auf Rädern“ informieren. Andriik erinnerte an wesentliche Verbesserungen im Pflegeheimen, etwa durch die Schaffung kleinerer Einheiten oder durch abgeschirmte Waschmöglichkeiten. Die häufige Meinung älterer Menschen, „Das Pflegeheim ist die Endstation“, habe heute keine Gültigkeit mehr. Rund 20 Prozent der Patienten konnten durch Rehabilitation in ihre gewohnte Umgebung zurückkehren. Wie ernst dieses Thema genommen werde, zeige sich auch an einer von Stadtrat Stacher organisierten Diskussion zum Thema „Rehabilitation heute und morgen“ am 7. Dezember im Wappensaal des Wiener Rathauses. Es sei erfreulich, daß im Jahr 1987 49 Fachkräfte und 62 praktische Ärzte etabliert werden konnten. Es werde aber noch großen Anstrengungen der Stadt Wien, der Arbeiterkammer und der Gebietskrankenkasse bedürfen, um für Patienten nahezu gleiche Bedingungen zu schaffen: im 1. Bezirk entfallen derzeit 541 Patienten auf einen Arzt, im 22. Bezirk dagegen 1.800.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) meinte, daß die Ziele der Medizin klarer abgesteckt werden müssen. Bei der Gesundenuntersuchung müsse mehr auf die Zusammenarbeit zwischen praktischen Ärzten und dem Gesundheitsamt Wert gelegt werden. In Vorarlberg sei durch diese Vorgangsweise erreicht worden, daß 15 bis 18 Prozent der Bevölkerung sich regelmäßig untersuchen lassen. Das Krebsjahr 1989 biete eine große Chance, diesen Bereich der Vorsorgemedizin zu fördern. Auch beim Impfen sei eine Zusammenarbeit zwischen Hausarzt und Gesundheitsamt dringend notwendig. Bisherige Impfaktionen hätten eher erschütternde Ergebnisse gezeigt. Mit den Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit sollte bei der Bevölkerung das Vorsorgeverständnis erhöht werden. Rasinger meinte weiters, daß die Einsparung von 349 Spitalsbetten im Zuge der Neuordnung der Krankenanstalten öffentlich diskutiert werden müßte. Ebenso sei die Leistung der einzelnen Krankenhäuser sowie der Schwesternmangel zu überprüfen. Rasinger schlug vor, Jungärzte befristet einzusetzen. Rasinger sagte auch, daß sich die ÖVP generell mehr Zusammenarbeit mit den praktischen Ärzten und bei der Organisation des AKH erwarte. Zur Hauskrankenpflege bemerkte Rasinger, daß in Österreich rund 100.000 Menschen pflegebedürftig seien, bislang aber in Wien kein einziges Projekt für Hauskrankenpflege gefördert wurde. Rasinger bedauerte schließlich, daß er über die Medien erfahren mußte, daß eine dritte Phase der Psychiatriereform geplant sei. Auch in diesem Bereich verlangte Rasinger mehr Zusammenarbeit der bestehenden Einrichtungen mit den praktischen Ärzten.

GR. PFANNENSTIEL (SPÖ) wies auf die enormen Leistungen auf dem Gesundheitssektor in Wien hin. 18,5 Prozent des Wiener Budgets sind der Gesundheit gewidmet, der Investitionsaufwand beträgt 1989 2,6 Milliarden Schilling. Neben Bauraten von 1,5 Milliarden für das AKH und 650 Millionen für das SMZ-Ost seien auch Modernisierungs- und Instandhaltungsarbeiten an den älteren Spitälern erwähnenswert. Pfannenstiel wies darauf hin, daß die Anzahl der Ärzte und des Pflegepersonals in den Wiener Spitälern in den letzten Jahren wesentlich erhöht wurde und, daß im Schnitt nahezu 11.000 Patienten in den Wiener Spitälern betreut werden. Mit einem Turnusplatz für 13 Spitalsbetten leistet Wien auch im Bereich der Ausbildung Großes. Besondere Bedeutung komme Wien auf dem Sektor der Spitzenmedizin zu, wo mehr als ein Drittel aller Leistungen von ganz Österreich erbracht werden. Schließlich wies Pfannenstiel auf die Erfolge der Aktion „Schau auf Dich“ und der Psychosomatischen Ambulanz in Wien hin. Für die Zukunft kündigte er eine verstärkte Umwandlung von Akutbetten in bestehenden Spitälern in Pflege- und Rehabilitationsbetten an. Insgesamt könnte man stolz auf das Wiener Spitalswesen sein.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) stellte fest, kein anderes österreichisches Bundesland habe annähernd die Einrichtungen zur Bekämpfung der Sucht und zur Behandlung der Süchtigen wie Wien. Metha-

Forts. von Blatt 2403

Forts. auf Blatt 2405

don sei kein Allheilmittel, sondern könne nur für eine gewisse Gruppe von Patienten eingesetzt werden. Von 40 Suchtgifttoten in Wien seien zehn in Methadonbehandlung gestanden. Dieses Medikament führe leicht dazu, daß weitere Suchtgifte konsumiert werden und dieser Konsum einen tödlichen Ausgang nimmt. Methadonpatienten bedürfen einer besonders intensiven laufenden Kontrolle.

Zur Aufforderung, die Erste Hilfe zu fördern, konterte der Gesundheitsstadtrat, er lade alle Mitglieder des Gemeinderates ein, sich einer einschlägigen Ausbildung zu unterziehen. Darüberhinaus sollte auch der Bundesgesetzgeber vorschreiben, daß über den Erste-Hilfe-Kurs im Rahmen der Führerscheinausbildung eine Prüfung abgelegt werden muß.

Im kommenden Jahr findet eine großangelegte Krebsaktion statt. Wesentlich sei eine Information auf breiter Basis, wobei allerdings darauf geachtet werden soll, daß bei den Menschen nicht unberechtigte Ängste geweckt werden.

Wenn ein Mangel an psychiatrischen Ausbildungsplätzen beklagt werde, müsse er diese Kritik an die Ärztekammer weitergeben, die solche Ausbildungsstätten oft verhindere. Er, Stacher, sei an den Gesundheitsminister herangetreten und habe ihn eingeladen, im Interesse der ärztlichen Versorgung negative Stellungnahmen der Ärztekammer weniger gewichtig zu bewerten.

Bei der Rehabilitation zeichne sich angesichts der enormen Fortschritte der Neurochirurgie ein verstärkter Bedarf an neurologischen Betten ab. Dies gehe auch aus einem Rehabilitationskonzept hervor, das er, Stacher, ausgearbeitet habe. Es sei notwendig, Akutbetten von Langzeitbetten zu trennen, was nicht eine Frage der Finanzierung, sondern eine solche der personellen Ausstattung (Krankenschwestern oder medizinisch-technische Assistentinnen) sei.

Zur Vorsorgemedizin erklärte Stacher, es gehe darum, die Bürger dazu zu bringen, sich untersuchen zu lassen, damit Krankheiten frühzeitig erkannt werden. Ein Screening der gesamten Bevölkerung hält Stacher weder für praktikabel noch für sinnvoll, weil der erreichbare Erfolg in keinem Verhältnis zum Aufwand stehe. Sinnvoller wäre eine gezielte Untersuchung von Risikopatienten.

Stacher wandte sich auch gegen eine Forcierung des Bettenabbaues in Wien, denn Wien sei bereits beispielgebend vorangegangen. Überdies sei die Zahl der Betten pro 1.000 Einwohner in der Ostregion niedriger als in den anderen Bundesländern. Man müsse auch berücksichtigen, daß in Wien Spitzenversorgung geboten werde und 20 Prozent der hier behandelten Kranken nicht aus Wien kommen.

Die Ziele für die Gesundheitspolitik seien praktisch identisch, und er sei für Zusammenarbeit und gegen eine konstruierte Meinungsverschiedenheit im Gemeinderat, schloß Stacher.

Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) führte aus, über den Abbau von Betten im Westen Wiens hätten bisher keine Parteiengespräche stattgefunden. Solange Wien keine Alternative zu Spitalsbetten biete, könne die ÖVP einem Akutbettenabbau nicht zustimmen. Die Frage, ob ein Patient in einem Langzeitbett liegt oder im Rahmen der Kurzzeitpflege betreut wird, sei für den Patienten von eminenter Bedeutung, weil die Kurzzeitpflege vom Kranken selbst bezahlt werden muß.

Die Inbetriebnahme des neuen Allgemeinen Krankenhauses und des Spitals im SMZ-Ost werfe seine Schatten voraus: Wer (vom Pflegepersonal) könne, gehe ehestmöglich in Pension. Es werde an Pflegepersonal fehlen. Pflegepersonal müßte daher ausgebildet werden, doch es fehle an Konzepten. Gesundheits- und Sozialwesen gehörten zusammen. Aber weil sie bei verschiedenen Stadträten ressortieren, werfe der Finanzstadt-

Forts. von Blatt 2404

Forts. auf Blatt 2406

rat KRAZAF-Mittel in den allgemeinen Steuertopf. Der Pflegekostenersatz der Sozialversicherung habe vor 15 Jahren noch zwei Drittel der Kosten gedeckt, heute seien es nurmehr ein Viertel bis ein Drittel. Schuld daran sei die schwache Position der Gebietskörperschaften gegenüber der Sozialversicherung.

In einer zweiten Wortmeldung präzisierte Stadtrat STACHER, die Entscheidung für Akut- oder Langzeitbehandlungen werde nicht unter dem Gesichtspunkt der Geldersparnis, sondern unter dem Blickwinkel der besseren Behandlung der Patienten getroffen. Die angesprochene Personalplanung könne ab dem nächsten Jahr stattfinden, wenn Wien das Datenmaterial aufgrund des Diagnoseschlüssels besitzt. Wien nehme dabei unter den Bundesländern eine Vorreiterrolle ein. Die von Stadtrat Hampel-Fuchs angesprochene Finanzierung alternativer Pflegeformen durch den KRAZAF sei bislang noch nicht beschlossen worden, betonte Stacher. Was die Kostenbeiträge durch die Sozialversicherung betrifft, erklärten sich die unterschiedlichen Anteile daraus, daß früher auf der Basis einer 50- bis 60prozentigen Kostendeckung kalkuliert wurde.

### **Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst**

Frauenpolitik dürfe nicht nur als Vermittlung von Jobs und Wohnplätzen und damit als „Trouble-Shooting“ aufgefaßt werden, sondern müßte konkrete Arbeitsmarktpolitik sein, sagte GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ). Die Frauenpolitik der Stadt Wien sei aber mit der Frauenservicestelle abgetan worden und habe keine wesentlichen Verbesserungen für die Frauen erschlossen.

Die Märkte seien nicht nur ein rationales Anliegen im Sinne einer funktionierenden Nahversorgung, sondern bedeuten für die Wiener auch ein Stück Lebensqualität. Es sei nicht gelungen, kritisierte Kariotis, die Situation auf den Wiener Märkten entscheidend zu verbessern — teilweise seien sie sogar dem Verfall preisgegeben. Die Marktgebühren seien überhöht und die Kriterien für die Vergabe der Marktstände unklar. Nicht Einkaufszentren bedenkenlos „hinzuklotzen“, sondern neue Marktgebiete zu erschließen, Märkte in alte Ortskerne zu übersiedeln und den kulturellen Stellenwert des Marktes zu heben, seien Aufgaben, die noch nicht in Angriff genommen worden seien.

Kariotis klagte über die Geschäftssituation der Mariahilfer Straße, die durch ein schlechtes Warenangebot, überhöhte Preise und zwielichtige Geschäftemacher bereits ein Gegenstand für niederösterreichische Negativwerbung bei ungarischen Einkaufstouristen sei. Es sei Aufgabe der Stadt Wien, besser zu informieren und für eine seriöse Geschäftsabwicklung, die vorgeschriebene Preisauszeichnung und adäquate hygienische Voraussetzungen zu sorgen. Die derzeitige Situation belaste nicht nur die Anrainer dieser Einkaufsstraße, sondern vermittele auch ungarischen Gästen einen schlechten und täuschenden Eindruck vom Wiener Handel.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) beschäftigte sich in ihrer Rede mit der Problematik des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien. Wallner erklärte, daß sich die ÖVP für besser Chancen und Zukunftsmöglichkeiten für die Wiener Landwirte, Gärtner und Weinbauern einsetze. Die Führung eines Landwirtschaftsbetriebes stelle keine kommunale Aufgabe dar, die die Gemeinde Wien selbst besorgen müsse. Der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien, der noch dazu — so Wallner — regelmäßig defizitär sei, sollte daher privatisiert werden. Nach Meinung der ÖVP würden sich genug Wiener Bauern finden, die diese Flächen übernehmen könnten. Vor allem für junge Bauern und Bäuerinnen wäre dies angesichts der zunehmenden Knappheit landwirtschaftlichen Bodens in Wien eine langfristige Existenzsicherung. Besonders wichtig wäre auch die Übertragung derzeitiger Pachtflächen der Gemeinde ins Eigentum der Pächter. Wallner brachte

Forts. von Blatt 2405

Forts. auf Blatt 2407

daher einen ANTRAG ein, daß der Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien zu privatisieren sei, wobei entsprechende Gespräche zur Übernahme dieser Flächen durch die Wiener Bauernschaft geführt werden sollen. Zur Durchführung der Privatisierungsmaßnahmen sollte ein Prioritätenkatalog erstellt werden.

Beim Zentralen Einkauf der Stadt Wien werde verstärkt auf Umweltverträglichkeit und Umweltschonung geachtet, sagte GR. LEHNER (SPÖ). Die Aktion „Umweltbewußt einkaufen“ werde fortgesetzt. Stadträtin Schirmer habe eine Pilotstudie über die Umweltverträglichkeit von Putzmitteln initiiert. Es sei ein Gebot der Stunde, auf die Herstellung umweltbelastender Waren zu verzichten. Die Stadt Wien spiele eine Vorreiterrolle, doch auch der Bund müsse dabei einen Beitrag leisten. Wie Lehner weiter ausführte, befinden sich im Großraum Wien 25 Märkte mit 1.030 Ständen. Dies reiche nicht zur kompletten Nahversorgung aus, diese Rolle hätten auch Großkonzerne übernommen. Man benötige temporäre Märkte, „fliegende Händler“ sollten dafür interessiert werden. Zum Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal sagte Lehner, dieser habe einen positiven Anklang gefunden. Besonders Kunstgegenstände, Antiquitäten und Bücher hätten einen guten Geschäftserfolg erbracht. Er sprach sich nachdrücklich für die Beibehaltung dieser Einrichtung aus.

GR. Herta SLABINA (SPÖ) forderte die Gleichberechtigung, Gleichbehandlung und Gleichstellung der Frau. Wien sei vorbildlich bei der Mitwirkung von Frauen in der Kommunalpolitik. Die Amtstitelverordnung vom 1. Juli dieses Jahres erlaube Frauen, weibliche Amtstitel zu tragen. Es gelte aber darüber hinaus, den Frauen zu mehr Durchsetzungsvermögen zu verhelfen und Wien zu einer wirklich frauen- und familiengerechten Stadt zu machen. Besonders hob Slabina die Verdienste der Frauenservicestelle hervor, die rund 1.000 Ratsuchenden geholfen hat. Dennoch müsse auch beim Gesetzgeber auf eine frauenfreundlichere Einstellung gedrängt werden. So seien derzeit gerade die Frauen am härtesten von der Verlängerung der Ladenschlußzeiten betroffen. Es sei die Moral jener Geschäftsleute bedenklich, die am 26. November entgegen der Verordnung des Bürgermeisters ihre Geschäfte offen gehalten haben. Dieses Unterlaufen gesetzlicher Rechte sei zu verurteilen. Ebenso jenes Verhalten der Opposition, das gemeinsame Sache mit jenen mache, die den Frauen am meisten schaden. Frauensolidarität müsse über Parteigrenzen hinweg geübt werden. Das kommende Jahr 1989 sei vom Europäischen Parlament zum Jahr der Gleichheit von Mann und Frau erklärt worden. Dieses Jahr soll für entsprechende Verbesserungen genutzt werden.

Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ) wies zunächst auf die Bedeutung der Frauenservicestelle hin. Weiters unterstrich sie die erstmalige Budgetierung des Referates für Frauenfragen mit 800.000 Schilling und die Bedeutung der Amtstitelverordnung, die den Wünschen der Frauen Rechnung trägt. Generell werde sie in Zukunft darauf Bedacht nehmen, Frauen im Bereich der Stadt Wien vermehrt auch höherrangige Positionen zugänglich zu machen.

Zur Arbeit des Marktamts sagte Schirmer, daß dieses sowohl in seiner Kontrollfunktion wie auch bei der Ermöglichung verschiedener Aktivitäten, wie der Einrichtung temporärer Märkte, gut arbeite. Für das kommende Jahr sind für verschiedene Märkte, wie den Naschmarkt, die Märkte in Favoriten und Floridsdorf oder den Hannover-Markt, Verbesserungen vorgesehen. Die Betreuung von Konsumenten am Stadtrand mit mobilen Verkaufsbussen wird erwogen.

Das Konsumententelefon, das immer mehr zu einer reinen Rechtsberatung — die es nicht sein könne — genutzt werde, soll in Zukunft schwerpunktmäßig eingesetzt werden. Die Lebensmittelberatungsstelle leiste einen wichtigen Beitrag zu gesunder Versorgung und Konsumentenberatung. Auch der Bürgerdienst erfülle mit seinen Außenstellen und dem

Forts. von Blatt 2406

Forts. auf Blatt 2408

Mobilbüro wichtige Aufgaben. Zur verbesserten Integration der in Wien lebenden Ausländer seien auch Gesetze auf Bundesebene notwendig, die Stadt Wien leiste jedoch auf diesem Gebiet sehr viel. Schließlich betonte Schirmer, daß an den kommenden Adventsamstagen erstmals die Öffnung der Lebensmittelgeschäfte und der Wiener Märkte ermöglicht werde. Für den Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal sei eine weitere Entbürokratisierung vorgesehen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 17.45 Uhr unterbrochen und wird morgen, Mittwoch, nach der Sitzung des Landtages wieder aufgenommen. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2407

## **Immer mehr Gastarbeiterkinder an Wiener Pflichtschulen**

### **Zilk für „Interkulturelles Lernen“**

Wien, 29.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und der Präsident des Wiener Stadtschulrates, NR. Prof. Hans MATZENAUER, berichteten am Dienstag im Bürgermeisterpressegespräch anlässlich eines Symposiums „Innerkulturelles Lernen — Zweisprachigkeit“ über die Situation der Gastarbeiterkinder in den Wiener Pflichtschulen.

Relativ unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit vollzieht sich in Wien ein Prozeß, den diese Stadt um die Jahrhundertwende bereits einmal erlebt hat, sagte Zilk, Es wachsen immer mehr Kinder heran, deren Muttersprache zwar nicht deutsch ist, die aber die Wiener von morgen sind.

Besonders deutlich ist diese Entwicklung im Wiener Pflichtschulwesen abzulesen. Während die Gesamtzahl der Pflichtschüler seit Jahren rückläufig ist (1981/82 : 92.160 — 1988/89 : 73.911), nimmt die Zahl der ausländischen Schüler absolut und relativ zu: 1981/82 betrug ihr Anteil 12,9 Prozent, heuer liegt er bereits bei 23,5 Prozent (oder 17.376 Kindern) — 1990/91 wird er die 25 Prozent-Marke überschreiten, das ist eine Verdoppelung binnen 10 Jahren!

### **Große bezirkweise Unterschiede**

Der geringste Ausländeranteil an Pflichtschulen ist in der Donaustadt mit 4,21 Prozent zu verzeichnen, der höchste mit 44,92 Prozent in Margareten. An einzelnen Schulen beträgt der Anteil ausländischer Kinder bereits bis zu 80 Prozent. Naturgemäß haben die nichtdeutschsprachigen Kinder größere schulische Probleme als die Wiener Pflichtschüler. So etwa besuchen nur 2,89 Prozent der deutschsprachigen Kinder die Sonderschule, bei den jugoslawischen sind es jedoch 7,35 Prozent, bei den türkischen 7,65 Prozent.

Es gibt zahlreiche fördernde Maßnahmen für nichtdeutschsprachige Kinder an den 371 öffentlichen Pflichtschulen in Wien, teilte Prof. Matzenauer mit.

- An 162 Schulen werden Förderkurse abgehalten.
- An 184 Anstalten werden die Kinder durch sogenannte Begleitlehrer zusätzlich betreut.
- An 203 Schulen gibt es jugoslawischen, an 94 türkischen Zusatzunterricht (Erhaltung der kulturellen Identität durch den Unterricht der Muttersprache).

Als durchaus erfolgreich hat sich das Projekt „Begleitlehrer“ erwiesen: Von den 4.690 Schülern, die im Schuljahr 1986/87 intensiv betreut worden sind, konnten 70 Prozent im folgenden Schuljahr dem regulären Unterricht ohne fremde Hilfe folgen.

Derzeit sind 203 Lehrer zur Betreuung ausländischer Kinder in Verwendung, sagte Matzenauer. Darüber hinaus besteht auch bei den Pflichtschullehrern großes Engagement in der Weiterbildung auf diesem Sektor: Rund drei Viertel aller Wiener Pflichtschullehrer haben bereits (freiwillig) Fachseminare am Ausländerzentrum des Pädagogischen Instituts der Stadt Wien absolviert, wofür Bürgermeister Dr. Zilk den Wiener Lehrern dankte. (Schluß) chr/bs